Berliner Morgenpost

Wirtschaft/Energie/Betriebe
Berliner Morgenpost | 17.03.2025

Senat bekämpft Kneipensterben – Entlastung für Wirte geplant

Wirtschaftssenatorin Giffey fordert im Morgenpost-Interview Gesetze mit weniger Vorgaben

Joachim Fahrun

Berlin Die Berliner Koalition möchte einen Beitrag leisten, um das kriselnde Gastgewerbe in der Hauptstadt zu stabilisieren. Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD) hat in ihrem Haus mit einer Offensive zum Abbau von Bürokratie und Vorschriften für Restaurants, Cafés und Kneipen begonnen. Der Branchenverband Dehoga begrüßte die Initiative im Sinne der 20.000 Gastronomiebetriebe mit mehr als 80.000 Beschäftigten in der Stadt als „sehr positiv". Zuletzt mussten immer wieder Betriebe schließen.

Giffey plant, sich vom in Berlin noch geltenden bundesweiten Gaststättengesetz zu verabschieden, das in weiten Teilen seit Jahrzehnten in Kraft ist. „Wir schieben in diesem Jahr das Thema der Gaststättengesetzgebung für Berlin an", sagte die Senatorin im Interview mit der Berliner Morgenpost. Seit der Föderalismusreform bestehe diese Möglichkeit, neun Bundesländer hätten das bereits getan. In Berlin gelte aber noch das Bundesgesetz von 1970. „Das ist in vielen Punkten einfach nicht mehr zeitgemäß und lebensfremd", sagte Giffey. Beispiel sei die Sperrzeit für Clubs und Bars zwischen 5 bis 6 Uhr morgens.

Bisher nötige Genehmigungen sollen ersetzen werden

Es sei auch nicht nötig, dass Gastro-Stände auf Straßenfesten und Weihnachtsmärkten jedes Mal aufs Neue aufwendig eine Betriebsgenehmigung beantragen müssen. „Wir wollen einiges neu ordnen und ein Gaststättengesetz schaffen, das Standards maßvoll sichert, aber näher an der Lebensrealität ist. Und vor allem für alle Beteiligten weniger Bürokratie bedeutet. Es soll deutlich leichter werden, „in Berlin eine Kneipe oder ein Restaurant zu eröffnen", beschrieb die Senatorin das Ziel. Die genauen Details der Gesetzesinitiative sind noch Gegenstand der Beratungen. Es ist aber daran gedacht, bisher nötige Genehmigungen der Ämter zu ersetzen durch bloßes Anzeigen der Wirte, die Ämter würden nur bei konkreten Einwänden tätig.

Berlins Dehoga-Geschäftsführer Gerrit Buchhorn begrüßte, dass auch Vertreter aus der Praxis in die Arbeit an dem neuen Gesetz eingebunden werden sollen. Die Antragsverfahren seien bisher nicht optimal, es sei nicht nachvollziehbar, warum bestimmte Erlaubnisse alle drei Jahre neu beantragt werden müssten, so der Branchenvertreter: „Wir werden sehen, wo man ran muss", sagte Buchhorn.

Der SPD-Wirtschaftspolitiker Jörg Stroedter rechnet auch mit Erleichterungen bei den Anforderungen an die Zahl der Toiletten. Generell hält er es für ganz Deutschland für nötig „darüber nachzudenken, ob wirklich jede Sache genehmigt werden" müsse. Sein CDU-Kollege Christian Gräff hält den Plan für „absolut notwendig". Die Gastronomie sei „schwer unter Druck", schon wegen der gestiegenen Energiekosten und dem Mangel an Arbeitskräften. Die Gastronomen in ganz Deutschland setzen große Hoffnungen auf die Absenkung der Mehrwertsteuer für Speisen und Getränke in Gaststätten von 19 auf sieben Prozent. Diese Absicht ist im Sonderungspapier von Union und SPD auf der Bundesebene formuliert. Schon während der Corona-Pandemie war die Steuer temporär abgesenkt worden. Lokales

Seite:	1
Auflage:	31.455.000.000 (gedruckt)
	29.976.000.000 (verkauft)
	30.127.000.000 (verbreitet)
Reichweite:	0,254 (in Mio.)

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG